
Die Verteilung der persönlichen Einkommen in Österreich

II. Die Arbeitsverdienste*

Günther Chaloupek

I. Fragestellung und Datenmaterial

Der Untersuchungsgegenstand »personelle Einkommensverteilung« zerfällt in zwei sehr verschiedenartige Bereiche. Wenn auf die Verteilung der ökonomischen Wohlfahrt abgestellt wird, ist der Haushalt als diejenige soziale Einheit, in der Einkommen in Konsum umgesetzt wird, die relevante Zuordnungseinheit für die Einkommen. Fragen wir hingegen nach der Verteilung der Einkommen, wie sie unmittelbar aus dem Prozeß der Einkommensentstehung resultiert, so hat sich die Zurechnung zunächst an der einkommensbeziehenden Einheit und nicht an jener, die das Einkommen ausgibt, zu orientieren. Für Löhne und Gehälter ist die einkommenbeziehende Einheit eindeutig das unselbständig erwerbstätige *Individuum*. Bei den anderen Einkunftsarten stellen sich diesbezüglich äußerst verwickelte Zuordnungsprobleme, insbesondere bei den Einkommen aus großen Vermögen, wenn sie aus Rücksichten der Einkommensteuerminimierung aufgespaltet werden.

Um diese konzeptionellen Schwierigkeiten zu umgehen, vor allem aber auf Grund der Beschaffenheit des Datenmaterials, wurde hier darauf verzichtet, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit in die Untersuchung der

* Der erste Teil der Untersuchungen zur persönlichen Einkommensverteilung in Österreich erschien in der Nr. 1/1977 dieser Zeitschrift. Die vorliegende Untersuchung stützt sich weitgehend auf meine Arbeit »Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Österreich 1953 bis 1975«, verfaßt als Beitrag zum Projekt »Einkommensverteilung in Österreich« des Instituts für Höhere Studien. An der Diskussion der Projektentwürfe waren K. Bayer, H. Ostleitner, Prof. K. Rothschild, H. Suppanz, W. Teufelsbauer und M. Wagner beteiligt, für deren Kommentare ich an dieser Stelle danken möchte. Die Berechnungen stammen zum Teil von Frau G. Raunicher.

Arbeitseinkommen einzubeziehen. Gegenstand dieser Untersuchung sind nur die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, also Löhne und Gehälter, im folgenden kurz »Arbeitsverdienste« genannt.

Während die Statistiken über die Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich nur einen kleinen Teil aller Haushalte erfassen, ist die Verteilung der Arbeitsverdienste zahlenmäßig reichhaltig dokumentiert. Das Österreichische Statistische Zentralamt erstellt in dreijährigen Abständen (seit 1964, früher unregelmäßig) die *Lohnsteuerstatistik*. Diese gibt Auskunft über die Jahreseinkommen der ganzjährig und der nicht ganzjährig Beschäftigten einschließlich gewisser Gruppen von Pensionsbeziehern.

Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger veröffentlicht seit 1953 zweimal jährlich die *Lohnstufenstatistik*. Diese erfaßt die Monatseinkommen der unselbständig Beschäftigten ausschließlich der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften an zwei Stichtagen, am 1. Februar und am 1. August (früher Ende Jänner und Ende Juli).

Keine dieser beiden Statistiken erfaßt die Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten. Ihre wechselseitige Ergänzung zu einer Gesamtstatistik der Einkommen aller unselbständig Erwerbstätigen ist für den ganzen Zeitraum 1953 bis 1975 nicht möglich. Dennoch kann aus den beiden Statistiken ein umfassendes und detailliertes Bild über die Verteilung der Arbeitsverdienste im Querschnitt und ihre Entwicklung im Zeitablauf gewonnen werden. Vor dem Eingehen in die Sache selbst soll zunächst die Aussagekraft der Statistiken näher untersucht werden.

Die *Lohnsteuerstatistik* hat grundsätzlich den vollständigeren Erfassungsbereich. Sie erstreckt sich auf die Einkommen aller unselbständig Erwerbstätigen und differenziert nach sozialer Stellung (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge), nach Geschlecht, nach der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses (ganzjährige und nicht ganzjährige Einkommen) und nach einer Reihe weiterer steuerrechtlicher Merkmale. Sie hat jedoch einige schwerwiegende Nachteile. Die Nachweisquote weist deutliche Unterschiede nach der sozialen Stellung auf. Sie ist für Männer höher als für Frauen, für Angestellte und Beamte höher als für Arbeiter. Der am schwersten ins Gewicht fallende Nachteil der *Lohnsteuerstatistik* ist das starke Schwanken der Nachweisquoten in einzelnen Erhebungsjahren, die diese Quelle für die Untersuchung von Entwicklungstendenzen problematisch erscheinen läßt. Schließlich ist die *Lohnsteuerstatistik* von recht geringer Aktualität — die letzte Erhebung bezieht sich auf das Jahr 1973.

Die *Lohnstufenstatistik* wird vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger seit 1953 zweimal jährlich (für die Monate Jänner und Juli) durchgeführt. Erhoben wird das Monatseinkommen für jedes Beschäftigungsverhältnis. Die Erhebung umfaßt alle unselbständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften.¹ Die Nachweisquote im Erfassungsbereich erreicht ziemlich konstant annähernd 100 Prozent, bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen etwa 87 Prozent.

Die *Lohnstufenstatistik* hat — zum Teil bedingt durch die rechtliche Grundlage der Erhebung — mehrere Mängel. Sie erfaßt die Einkommens-

höhe im Einzelfall jeweils nur bis zur Höchstbeitragsgrundlage. Dies hat zur Folge, daß bei Männern insgesamt über die Einkommen der obersten 20 Prozent, bei männlichen Angestellten sogar über den Bereich der obersten 40 Prozent keine Aussage möglich ist. Weiters erfaßt die Lohnstufenstatistik analog zur Stichtagszählung der Beschäftigten streng genommen nur Beschäftigungsverhältnisse. Personen mit zwei oder mehr Lohnsteuerkarten sind von der Erhebung demnach doppelt beziehungsweise unter Umständen auch mehrfach erfaßt.² Zu dem bereits erwähnten Mangel der Nichteinbeziehung der pragmatisierten Beamten³ kommt noch hinzu, daß die Lehrlinge zwar erfaßt, jedoch nicht als eigene soziale Stellung ausgewiesen werden.

Eine Abwägung der Vorzüge und Nachteile fällt hauptsächlich aus dem folgenden Grund zugunsten der Lohnstufenstatistik aus: diese liefert die verlässlichere und mit wesentlich geringeren Unsicherheiten interpretierbare Zeitreihe über die Verteilung der Arbeitsverdienste. Die Lohnsteuerstatistik wird im folgenden nur *ergänzend* für jene Bereiche herangezogen, die durch die Lohnstufenstatistik nicht abgedeckt sind. Das sind vor allem die oberen Einkommensklassen der Angestellten und die Einkommen der Beamten. Ferner kann die Lohnsteuerstatistik in gewissem Sinne zu einer »Berichtigung der Lohnstufenstatistik« verwendet werden (siehe Abschnitt IV.).

Die Lohnstufenstatistik bringt nicht unwesentliche Einschränkungen im Hinblick auf die Untersuchungsmethoden mit sich. Die offene Einkommensklasse über der Höchstbeitragsgrundlage und der Umstand, daß für die einzelnen Einkommensstufen nur die Zahl der Fälle, nicht aber die Einkommenssumme angegeben sind, lassen die Berechnung von gebräuchlichen Konzentrationsmaßnahmen, wie Gini-Koeffizienten, Variationskoeffizienten und Perzentilanteilen, nicht zu. Es wurden daher mit dem Verfahren der linearen Interpolation die Dezile für die jeweiligen Einkommensbereiche unterhalb der Höchstbeitragsgrundlage berechnet. Auf eine Extrapolation der Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage wurde wegen der damit verbundenen großen Unsicherheit verzichtet.

Ein gewisser verzerrender Einfluß auf die Ergebnisse geht von den Schwankungen beziehungsweise vom tendenziellen Anstieg des Lehrlingsanteils an der Untergruppe Arbeiter aus. 1953 waren knapp 8 Prozent aller erfaßten »Arbeiter« Lehrlinge. Dieser Anteil blieb dann zwischen 1957 und 1970 mit rund 10 Prozent etwa konstant, ging jedoch kurzfristig (Einführung des 9. Schuljahres) 1967 auf unter 8 Prozent zurück. Seit 1970 ist der Lehrlingsanteil tendenziell steigend, 1977 erreichte er 13,1 Prozent (bei den Männern 13,8 Prozent, bei den Arbeiterinnen 11,9 Prozent). Die Zunahme des Lehrlingsanteils hat auf die Verteilung der Verdienste einen gewissen entnivellierenden Effekt.

Ein Effekt ähnlicher Art geht von der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, vor allem bei Frauen, auf die Verteilung der Arbeitsverdienste aus. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an den weiblichen Erwerbstätigen betrug 1976 etwa 18 Prozent und hatte in der Vergangenheit eine leicht steigende Tendenz.

Vor allem auf Grund dieser beiden Faktoren können sich im unteren

Einkommensbereich (1. und 2. Dezil) größere Schwankungen ergeben. Die Bewegungen in diesem Bereich sind daher nur schwer interpretierbar, die Lohnstufenstatistik bietet deswegen *keine geeignete Grundlage für eine Einschätzung der niedrigen Einkommen*. Der Wert der Lohnstufenstatistik als Zeitreihe wird jedoch durch diese Mängel nicht entscheidend beeinträchtigt. Ihr Einfluß kann in dieser Beziehung als vernachlässigbar gering angenommen werden.

II. Die Verteilung der Arbeitsverdienste 1953 bis 1977

Die langfristige Entwicklung der Verteilung der Arbeitsverdienste (Tabelle 1) im Zeitraum 1953 bis 1977 weist eine eindeutige Tendenz zu einer Zunahme der Ungleichheit auf. Bei den erwerbstätigen Männern stieg der Median um 635,2 Prozent an, die Dezile unterhalb deutlich weniger, hingegen die Dezile oberhalb, mit wachsender Rate das 8. Dezil, um 720 Prozent. Eine Desaggregation nach sozialer Stellung zeigt zwei Dimensionen des Auseinandergehens der Einkommensskala. Einmal verzeichneten die im Durchschnitt höher entlohnten Angestellten für alle Einkommensklassen höhere Einkommenszuwächse als die Arbeiter. So etwa stieg der Median der Angestellteneinkommen um 656,5 Prozent, gegenüber einem Anstieg des Medians der Arbeiterlöhne um 599 Prozent. Zum anderen ist sowohl innerhalb der Löhne männlicher Arbeiter als auch innerhalb der Angestelltegehälter⁴ eine beträchtliche Entnivellierung feststellbar.

Tabelle 1
Einkommenszuwächse männlicher Erwerbstätiger nach Dezilen 1953—1977
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<i>Arbeiter</i>									
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1960	128,1	150,2	142,9	145,1	148,9	155,2	163,0	165,7	—
1970	327,9	351,7	330,9	336,1	344,6	357,1	370,4	373,0	—
1977	557,1	693,0	664,8	678,0	699,0	726,3	755,5	763,9	—
<i>Angestellte</i>									
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	—	—	—	—
1960	115,7	129,2	143,1	153,9	160,8	—	—	—	—
1970	300,0	322,9	337,8	347,5	355,0	—	—	—	—
1977	600,1	668,9	709,4	735,9	756,5	—	—	—	—
<i>Erwerbstätige Männer</i>									
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	—
1960	142,4	142,9	142,0	146,2	150,9	157,0	163,4	167,5	—
1970	370,4	340,3	335,8	343,7	353,8	364,5	375,7	382,5	—
1977	667,7	686,7	685,9	708,8	735,2	763,2	793,1	819,9	—

Einkommenszuwächse weiblicher Erwerbstätiger nach Dezilen 1953—1977
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<i>Arbeiter</i>									
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1960	136,5	149,4	158,6	164,4	152,0	143,7	140,5	145,2	148,2
1970	341,4	329,9	354,9	376,6	351,8	332,6	327,1	342,6	342,3
1977	765,8	670,1	723,9	764,8	709,4	674,5	665,3	699,0	705,2
<i>Angestellte</i>									
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1960	101,6	119,1	122,1	127,1	132,4	142,6	148,8	155,9	157,7
1970	270,7	271,0	287,3	296,1	305,2	324,0	331,2	341,6	343,8
1977	602,9	531,2	570,7	603,5	621,7	664,2	688,1	718,9	738,7
<i>Erwerbstätige Frauen</i>									
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1960	132,6	147,8	159,8	150,0	140,7	138,4	138,1	144,6	154,9
1970	340,1	338,5	373,4	354,4	333,7	330,3	332,7	341,7	359,1
1977	787,6	705,2	765,2	730,0	693,7	692,8	706,6	738,4	791,4

Einkommenszuwächse der Erwerbstätigen insgesamt nach Dezilen
1953—1977
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1960	121,3	155,7	139,8	138,4	141,4	147,4	154,6	161,7	—
1970	314,3	373,5	332,1	326,5	333,6	345,6	359,1	370,4	—
1977	663,0	742,1	674,0	667,1	687,8	718,2	751,4	784,6	—

Quelle: Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

Nicht ganz so eindeutig verlief die Entwicklung bei den Verdiensten weiblicher Erwerbstätiger. Die Einkommensbereiche unterhalb des Medians verzeichneten insgesamt deutlich höhere Zuwächse als die Dezile 5 bis 7. Erst das 8. und 9. Dezil weisen wieder vergleichsweise hohe Steigerungsraten auf. In diesem kaum auf eine allgemeine Formel zu bringenden Muster finden zwei unterschiedliche Trends ihren Niederschlag, die bei Desaggregation zum Vorschein kommen. Im Gegensatz zu den Männern sind bei den Frauen die Angestelltegehälter insgesamt langsamer gestiegen als die Löhne der Arbeiterinnen, und zwar im gesamten Einkommens-

bereich unterhalb des 6. Dezils und mit Sicherheit auch im Durchschnitt. Als einzige der hier ausgewiesenen Untergruppierungen ist die Verteilung der Löhne weiblicher Arbeiter über die Gesamtperiode nicht durch eine eindeutige Tendenz charakterisiert. Insgesamt war die Konzentration der Einkommen 1977 niedriger als 1953, wobei sowohl die Einkommensklassen unterhalb des Medians als auch die beiden obersten Dezile deutlich schneller zugenommen haben als die Dezile 5 und 6. Hingegen verläuft die Entwicklung bei den Gehältern weiblicher Angestellter ganz dem Gesamtrend entsprechend. Die unteren Bereiche steigen nur um bis zu 500 Prozent, während das 8. Dezil um 618,9 und das 9. Dezil um 638,7 Prozent anwachsen.

Die Verteilung der Arbeitsverdienste der Erwerbstätigen insgesamt (ohne Beamte!) war 1977 deutlich ungleichmäßiger verteilt als 1953. Die höchsten Steigerungsraten ergeben sich für das 7. (651,4 Prozent) und das 8. Dezil (plus 684,6 Prozent), der mittlere und der untere Einkommensbereich bleiben mehr oder weniger deutlich dahinter zurück.

Die Verschiebungen in der Verteilung der Arbeitsverdienste von 1953 bis 1977 lassen sich noch aus dem Blickwinkel verschiedener Relationen betrachten. 1977 war der Median des Einkommens der männlichen Erwerbstätigen um 52,7 Prozent höher als jener der weiblichen Arbeitnehmer, 1953 nur um 44 Prozent. Desgleichen vergrößerten sich die relativen Unterschiede in der Entlohnung männlicher Angestellter und männlicher Arbeiter von 26,4 Prozent auf 36,8 Prozent und bei den Gehältern männlicher und weiblicher Angestellter von 36,5 Prozent auf 66,1 Prozent. Hingegen hat der Median der Löhne weiblicher Arbeiter sowohl gegenüber den männlichen Arbeitern und deutlicher gegenüber den weiblichen Angestellten nachgezogen.

Tabelle 2
Einkommensrelationen (Mediane)

	1953	1977
Erwerbstätige Männer / Erwerbstätige Frauen	144,0	152,7
Männer, Angestellte / Arbeiter	126,4	136,8
Frauen, Angestellte / Arbeiter	149,4	130,9
Angestellte, Männer / Frauen	136,5	166,1
Arbeiter, Männer / Frauen	161,3	158,9

Die mittleren 60 Prozent der Einkommen der jeweiligen Population (vom 2. bis zum 8. Dezil) lagen 1977 durchwegs innerhalb von Spannweiten, die größer waren als im Basisjahr 1953. Die größte Erweiterung dieser Spanne ist bei den weiblichen Angestellten zu verzeichnen, insgesamt zeigt sich jedoch auch in dieser Betrachtungsweise bei den Männern eine deutlichere Differenzierung der Einkommensskala als bei Frauen.

Tabelle 3
Einkommensspannweite

	8. Dezil 1953	2. Dezil 1977
Arbeiter		
Männer	1,72	1,89
Frauen	2,09	2,18
Angestellte		
Männer	—	—
Frauen	1,69	2,29
Erwerbstätige	2,29	2,42
Männer	1,75	2,09
Frauen	2,21	2,31

Eine wichtige Eigenschaft des Entnivellierungsprozesses in der Verteilung der Arbeitsverdienste kommt klar im Diagramm 1 zum Ausdruck. Die Entnivellierung besteht sowohl in einem Zurückbleiben der unteren Einkommensbereiche als auch in einem überdurchschnittlichen Anstieg der oberen Einkommensbereiche. Jedoch ist die Tendenz zu einer Zunahme der low income-inequality deutlich weniger stark als die Verstärkung der high income-inequality. Die einzige Gruppe, für die dieser Trend nicht wirksam ist, sind die weiblichen Arbeiter. Bei allen anderen Gruppen, besonders bei den Angestellten, ist die Zunahme der high income-inequality deutlich akzentuiert.

III. Teilprozesse und Einschätzungen

1. Die Ausgangssituation 1953

Die Entwicklung der Verteilung der Arbeitsverdienste in den letzten fünfundzwanzig Jahren ist zweifellos in erheblichem Maße bestimmt durch die spezifische Ausgangssituation des Jahres 1953. Stand die darauf folgende Periode im Zeichen eines Entnivellierungstrends, so war das Jahrzehnt davor durch eine beträchtliche Abnahme der Ungleichheit charakterisiert. Dies zeigt sich sowohl aus einem Vergleich der Lohnsteuerstatistiken von 1933 und 1953⁵ als auch aus einer Analyse auf Grund der Verdiensterhebungen der Arbeiterkammer Wien. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse letzterer Untersuchung ergibt »eine einheitliche Tendenz: Gegenüber der Vorkriegszeit hat eine deutliche Nivellierung stattgefunden. Welche Beziehungen wir auch immer betrachten — Männerlöhne gegenüber Frauenlöhnen, Akkordlöhne gegenüber Zeitlöhnen, Facharbeiterlöhne gegenüber Hilfsarbeiterlöhnen, Angestelltegehälter in unteren Verwendungsgruppen gegenüber Gehältern in oberen Verwendungsgruppen, Angestelltegehälter gegenüber Arbeiterlöhnen —, stets ist eine Verringe-

rung des relativen (perzentuellen) Abstandes zu beobachten. Weiters haben sich auch die Entlohnungsunterschiede zwischen den Branchen verringert, und es ist auch innerhalb der Männer- und Frauenlöhne, Zeit- und Akkordlöhne und Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhne eine Nivellierung zu beobachten.«⁶

Tabelle 4
Die Verteilung der Arbeitsverdienste 1953 und 1977
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1953									
Männer									
Arbeiter	44,4	71,0	86,4	94,1	100,0	105,0	110,7	122,1	—
Angestellte	59,4	72,2	81,7	90,6	100,0	—	—	—	—
Insgesamt	45,6	73,9	86,1	93,5	100,0	106,9	115,4	129,2	—
Frauen									
Arbeiter	34,2	63,4	76,0	83,6	100,0	115,2	126,9	132,5	151,3
Angestellte	42,4	73,7	84,4	92,3	100,0	105,1	113,8	124,5	147,6
Insgesamt	34,5	60,7	70,5	85,0	100,0	110,8	121,5	134,0	154,0
Erwerbstätige									
Insgesamt	38,1	57,2	78,1	90,7	100,0	108,1	117,5	131,1	—
1977									
Männer									
Arbeiter	35,4	70,4	82,2	91,3	100,0	109,1	119,7	133,4	158,6
Angestellte	47,1	63,9	76,6	88,1	100,0	113,6	—	—	—
Insgesamt	41,4	69,0	80,3	90,1	100,0	110,9	124,6	144,1	—
Frauen									
Arbeiter	36,9	59,9	77,5	90,2	100,0	109,5	119,0	130,5	150,4
Angestellte	41,1	62,9	77,4	89,6	100,0	112,3	126,0	144,0	175,3
Insgesamt	39,2	61,7	77,7	89,4	100,0	110,6	123,7	142,7	175,6
Erwerbstätige									
Insgesamt	36,8	61,7	76,5	88,0	100,0	112,9	128,3	149,5	188,3*

Quelle: Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

* Wert geschätzt

Diese Entwicklung war überwiegend bedingt durch eine nach den Erfordernissen der Kriegswirtschaft gestaltete Einkommenspolitik und durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften nach 1945, die bis zum Beginn

en
rt,
d-
b-
—
—
der fünfziger Jahre unter dem Eindruck des Nachkriegselends hauptsächlich die Absicherung eines Existenzminimums zum Ziel hatte. Die Einkommensrelationen des Jahres 1953 waren demnach das Produkt ganz spezifischer Verhältnisse und Einflußfaktoren. Mit deren Wegfallen im Zuge der Normalisierung und Stabilisierung kam der Nivellierungstrend zum Stillstand. Innerhalb der Gewerkschaften setzte sich die Ansicht durch, daß die Lohn- und Gehaltsunterschiede während der Inflations- und Wiederaufbauphase zu stark reduziert worden seien. In ihrer Lohnpolitik trat in den folgenden Jahren wieder das »Leistungsprinzip« stärker in den Vordergrund. Parallel dazu wurde die Lohnpolitik wieder stärker dezentralisiert, das heißt, es blieb mehr als früher den Fachgewerkschaften und ihren Sektionen überlassen, den jeweiligen Verhandlungsspielraum voll auszunutzen.

Die Ausgangssituation 1952/53 ist also primär dadurch gekennzeichnet, daß die Lohnpolitik im Sinne einer Pendelbewegung sich anschickte, das Maß der Differenzierung wieder zu vergrößern, nachdem sie seit dem Ende des Krieges die Ungleichheiten vermindert hatte.

2. Die Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren

3
6
0
Aus Diagramm 2 wird unmittelbar deutlich, daß der Großteil der Verschiebungen in der Einkommensverteilung sich in dem relativ kurzen Zeitraum von 1953 bis 1960 vollzogen hat. Die Entnivellierungstendenz setzte sich rasch und kräftig in allen Teilbereichen, mit Ausnahme der weiblichen Arbeiter, durch. Sie kam zu Beginn der sechziger Jahre wieder zum Stillstand, zu einem Zeitpunkt also, als die österreichische Wirtschaft nach einer Phase des Wiederaufbaus und der Stabilisierung das Vollbeschäftigungsniveau erreichte. Im Vergleich zu den akzentuierten Verschiebungen der vierziger und fünfziger Jahre nimmt die Entwicklung der sechziger und siebziger Jahre langfristig eher den Charakter einer Parallelverschiebung an. Zwar sind mittelfristig weiterhin gewisse Pendelbewegungen feststellbar, doch erreichen diese nur ein verhältnismäßig geringes Ausmaß.

6
4
3
6
Im Jahrzehnt von 1960 bis 1970 kam es zunächst in jenen Bereichen, in denen vorher die Ungleichheit zugenommen hatte, zu einer allerdings sehr schwach ausgeprägten Gegenbewegung, so etwa bei den männlichen Arbeitern, bei den weiblichen Angestellten, einheitlich bei den männlichen Erwerbstätigen als Gesamtheit. Eine leichte Entnivellierung ist hingegen bei den weiblichen Arbeitern zu registrieren, für weibliche Erwerbstätige insgesamt ist kein einheitlicher Gesamttrend feststellbar. Auf der Ebene geschlechtsspezifischer Unterschiede zeigt sich ein gewisses Aufholen der weiblichen Erwerbstätigen gegenüber den Männern.

1,3*
—
den
und
ginn
Einen weiteren vom Gesamttrend abweichenden Teilprozeß zeigt die Lohnsteuerstatistik auf. Während bei den (Privat-)Angestellten 1964 bis 1970 bei den Männern und — etwas stärker ausgeprägt — auch bei den Frauen die Einkommensunterschiede abgenommen haben, hat im selben Zeitraum in der Entlohnung im öffentlichen Sektor zwar die geschlechtsspezifische Differenz abgenommen, doch ist gleichzeitig die Verteilung

männlicher und weiblicher Beamtengehälter ungleichmäßiger geworden. Die Vermutung liegt nahe, daß der öffentliche Sektor die Entnivellierung der späteren fünfziger Jahre nur in abgeschwächtem Maße mitvollzogen und in den sechziger Jahren quasi »nachgeholt« hat.

3. Die siebziger Jahre

Ähnlich zur vorangehenden Dekade sind in den siebziger Jahren nur sehr geringe Verschiebungen in der Verteilung der Arbeitsverdienste feststellbar. Praktisch unverändert blieben die geschlechtsspezifischen Entlohnungsunterschiede. Die Verteilung der Einkommen ist für Erwerbstätige insgesamt und für die meisten Teilaggregate durch eine leichte Entnivellierung charakterisiert. Bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen steigt — vom untersten Bereich abgesehen — der Einkommenszuwachs mit der Höhe des Einkommens an. Am deutlichsten ausgeprägt ist dieser Trend für erwerbstätige Männer und Frauen, für weibliche Angestellte und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für männliche Angestellte. Bei den Männern stiegen überdies die Angestelltegehälter deutlich rascher als die Arbeiterlöhne. Lediglich bei den Arbeitern, und hier vor allem bei weiblichen Arbeitern, ist die Entnivellierungstendenz nicht eindeutig erkennbar. Soweit dies feststellbar ist, scheint die Entnivellierungstendenz über die gesamte Periode wirksam gewesen zu sein. Demnach hätte die Rezession 1975 im Hinblick auf die Verteilung der Arbeitsverdienste keine Zäsur mit sich gebracht.

Tabelle 5
Einkommenszuwächse 1970—1977

1977	für jedes Dezil 1970 = 100								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Männer									
insgesamt	180,2	201,3	204,3	206,3	207,8	209,4	211,3	214,4	—
Arbeiter	169,9	197,1	200,9	201,7	202,8	203,4	206,2	204,8	210,7
Angestellte	200,3	207,1	210,0	211,8	213,1	214,1	—	—	—
Frauen									
insgesamt	231,6	208,3	205,0	206,0	207,9	209,7	212,3	216,1	220,0
Arbeiter	224,3	203,1	204,0	203,1	201,6	202,8	203,4	204,1	206,0
Angestellte	222,7	196,0	198,6	203,8	203,7	205,0	207,8	210,4	214,9
Erwerbstätige									
insgesamt	211,0	196,5	202,9	204,3	206,2	207,8	209,2	211,8	215,8

Quelle: Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

4. Erklärungsansätze

Die Entnivellierung in Österreich in den fünfziger Jahren steht im Einklang mit dem von Lydall⁷ festgestellten »trend toward widening dispersion« während derselben Zeit in einer Reihe von Ländern. Ob die letzten zwanzig Jahre in säkularer Sicht die Unterbrechung eines langfristigen Trends zur Nivellierung bedeuten, bedarf noch der eingehenden Untersuchung.

Die vorliegende Untersuchung hat primär die Beschreibung der Verteilung der Arbeitseinkommen und deren Entwicklung zum Gegenstand. Was die Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung, die in den letzten 20 Jahren wirksamen Kausalzusammenhänge betrifft, sollen hier nur einige punktuelle und vorläufige Überlegungen angestellt werden.

Die empirischen Ergebnisse lassen zuallererst die These plausibel erscheinen, daß ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Lohnpolitik der Gewerkschaften und der Verteilung der Arbeitseinkommen besteht. Die vorhandene Evidenz⁸ läßt als gesichert erscheinen, daß nach 1945 eine merkliche allgemeine Verminderung der Ungleichheit stattfand, die mit einer nivellierenden Lohnpolitik Hand in Hand ging und die bis spätestens 1953 zum Stillstand kam. Die entnivellierende Gegenbewegung bis etwa 1960 setzte zu dem Zeitpunkt ein, als die ziemlich plötzlich erfolgende weitgehende Dezentralisierung der Kollektivvertragsverhandlungen, wenn nicht ausdrücklich, so doch implizit, eine Kehrtwendung in der Zielrichtung der Lohnpolitik mit sich brachte.

Dieser auf Grund der empirischen Befunde plausible Zusammenhang darf jedoch nicht in dem Sinne interpretiert werden, daß die Verteilung der Arbeitseinkommen durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften in autonomer Weise nach politisch vorgegebenen Zielsetzungen manipulierbar sei. Vielmehr läßt sich im Wechsel der Zielsetzungen mit großer Deutlichkeit der Wechsel der ökonomischen Verhältnisse nachzeichnen. Die Lohnpolitik der Nachkriegszeit, ihr solidarischer Grundzug, scheint ebensosehr von den damaligen ökonomischen Bedingungen (der Unterversorgung, der allgemeinen Knappheit und der galoppierenden Inflation) geprägt wie die der Dezentralisierungs- und Entnivellierungsphase nach 1953, in der angesichts der beginnenden Prosperität die wirtschaftliche und politische Situation der Nachkriegsjahre als vorübergehender Ausnahmezustand und die Einkommensrelation als »Verzerrungen« betrachtet wurden.

Nach ihrer Korrektur folgte die Lohnpolitik keiner pointierten Generallinie. Am ehesten gewinnt man den Eindruck, daß sie sich mit dem Status quo zufriedengab. Die weitgehende Konstanz der verschiedenen Verteilungsrelationen scheint in bedeutendem Maß durch die Praxis der einheitlichen prozentuellen Lohnerhöhungen mitbedingt zu sein. Das Muster der geringfügigen Entnivellierungen in den siebziger Jahren, ihre stärkere Ausprägung in den oberen Einkommensbereichen, deutet darauf hin, daß die Arbeitsmarktverhältnisse und nicht die Lohnpolitik der maßgebliche Einflußfaktor waren. Der Wachstumsschub 1968—1974 begünstigte offensichtlich die Lohndrift im oberen Einkommensdrittel, während die Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitskräfte eine ähnliche Anspan-

nung des Arbeitsmarktes für die unqualifizierten, niedriger entlohten Arbeitskräfte verhinderte.

Die lohnpolitische Praxis scheint ein merkliches Zurückbleiben der unteren Einkommensbereiche verhindert zu haben. Ein Zurückhalten der oberen Einkommen überschreitet faktisch wie auch gewerkschaftspolitisch die Möglichkeiten der Lohnpolitik.

Die Auswirkungen des Wandels in der Wirtschaftsstruktur seit 1953 sind sehr schwierig zu beurteilen. Die Abnahme des Agraranteils bei gleichzeitiger Zunahme des tertiären Sektors, das Steigen des Anteils der Angestellten, der Mangel an inländischem Arbeitskräfteangebot in vielen Bereichen sowie die wachsende Ausländerbeschäftigung könnten als ein Feld von Einflußfaktoren gesehen werden, deren Wirkungen sich auf aggregierter Ebene weitgehend neutralisieren. Die hier dargestellten Ergebnisse (vor allem nach Geschlecht und sozialer Stellung) legen die These nahe, daß die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Verteilung der Arbeits-einkommen seit 1960 sehr gering waren.

IV. Einkommensverteilung und Lebensstandard

1. Die Verteilung der Arbeitsverdienste 1977

Der Medianwert des Einkommens eines männlichen Arbeitnehmers erreichte im Juni 1977 den Wert von 9425 Schilling, für weibliche Arbeitnehmer 6174 Schilling. Das entspricht — 14mal gerechnet — einem Jahreseinkommen von 131.950 Schilling für Männer und 86.432 Schilling für Frauen. Für Erwerbstätige insgesamt betrug das Jahreseinkommen 111.314 Schilling, gegenüber dem aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten Pro-Kopf-Einkommen eines Arbeitnehmers von 139.000 Schilling jährlich.

Für die Gesamtheit aller in Österreich ganzjährig beschäftigten Personen dürfte — wie ein Vergleich mit der Lohnsteuerstatistik zeigt — die Lohnstufenstatistik die Medianeinkommen um zirka 10 Prozent unterschätzen, und zwar in gleichem Maße für Männer und für Frauen. Diese Unterschätzung ist bei Männern etwa zu einem Drittel und bei Frauen fast zur Hälfte auf die Nichterfassung der Beamten durch die Lohnstufenstatistik zu erklären. Die restliche Abweichung kann aus mehreren Gründen plausibel gemacht werden. Ein auf 14 Monateinkommen aufgeteiltes Jahreseinkommen ist dann höher als *das* regelmäßige Monats-einkommen, wenn zur Urlaubs- und Weihnachtsremuneration weitere Sonderzahlungen hinzutreten, wenn mehr als 14 Monatsgehälter gezahlt werden usw. Beides war in den letzten Jahren für zahlenmäßig bedeutende Gruppen und in zunehmendem Maße der Fall. Erfahrungsgemäß spielen Sonderzahlungen vor allem bei Angestellten eine größere Rolle als bei Arbeitern, weshalb der Median der Angestelltengehälter durch die Lohnstufenstatistik etwas stärker unterschätzt ist als der der Arbeiterlöhne.

Tabelle 6

Einkommensdezile Juli 1977
(Einkommen in Schilling)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Erwerbstätige									
Insgesamt	2.924	4.905	6.086	6.998	7.951	8.977	10.204	11.886	14.972
Männer	3.906	6.503	7.572	8.492	9.425	10.456	11.740	13.577	—
Frauen	2.418	3.808	4.798	5.518	6.174	6.831	7.638	8.809	10.842
Arbeiter									
Insgesamt	2.555	4.445	5.704	6.582	7.398	8.265	9.264	10.523	12.492
Männer	3.075	6.113	7.133	7.926	8.681	9.471	10.388	11.580	13.772
Frauen	2.014	3.270	4.235	4.925	5.462	5.983	6.500	7.130	8.216
Angestellte									
Insgesamt	3.608	5.520	6.741	7.829	8.992	10.320	11.997	14.463	—
Männer	5.600	7.585	9.095	10.465	11.877	13.493	—	—	—
Frauen	2.942	4.499	5.536	6.409	7.150	8.030	9.007	10.295	12.536

Quelle: Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

Die Binnenstrukturen der Verteilung der Arbeitsverdienste weisen beträchtliche geschlechts- und statusspezifische Unterschiede auf (siehe Tabelle 4 für 1977). Die Verteilung für die Erwerbstätigen insgesamt ist deutlich ungleichmäßiger, als wenn Frauen und Männer gesondert betrachtet werden. Die Spannweite zwischen dem dritten und siebenten Dezil ist verhältnismäßig gering und steigt dann nach oben sprunghaft an. Im Hinblick auf die unteren Einkommensregionen kann der Lohnstufenstatistik kaum Aussagekraft zugebilligt werden, da Lehrlinge und Teilzeitbeschäftigte in die Erhebung einbezogen sind. Der Grad der Ungleichheit ist bei den Arbeitern geringer als bei den Angestellten, sowohl im unteren, besonders jedoch im oberen Einkommensbereich. Das neunte Dezil erreicht weder bei männlichen noch bei weiblichen Arbeitern die doppelte Höhe des dritten Dezils.

Bedeutend weiter streut die Einkommensskala bei den Angestellten. Bei den männlichen Angestellten fällt das siebente Dezil bereits über die Höchstbeitragsgrundlage. Aus der Lohnsteuerstatistik, die in den vergleichbaren Bereichen eine sich ziemlich genau mit der Lohnstufenstatistik deckende Verteilung ergibt, kann man schließen, daß das neunte Dezil mehr als das Doppelte des Medians ausmacht.

Aus einem Vergleich von Lohnsteuer- und Lohnstufenstatistik zeigt sich, daß die letztere die unteren Einkommen beträchtlich stärker unterschätzt als den Median, bei den Arbeiterlöhnen hingegen die Lohnstufenstatistik im Bereich über dem Median geringfügig nach oben verzerrt. Diese Eigenschaften der Lohnstufenstatistik müssen bei den folgenden Überlegungen zur Armutproblematik berücksichtigt werden.

2. Die Grenzen des Wohlstandes

»Armut« als ökonomisches Phänomen bedeutet die Unterschreitung von Mindestkonsumstandards, ihre statistische Ermittlung muß beim Haushalt als »Konsumeinheit« und nicht beim Individuum ansetzen. Statistiken über individuelle Arbeitseinkommen können daher nur insoweit Informationen über Armut liefern, als das Haushaltseinkommen aus nur einem Arbeitseinkommen besteht. Die Lohnstufenstatistik kennt keine diesbezügliche Unterscheidung. Die folgenden Überlegungen müssen daher von hypothetischen Prämissen ausgehen.

Die Lohnstufenstatistik kann für gegebene Armutsgrenzen die Frage beantworten, welche Teile der Population dann als »arme« oder »von Armut bedrohte« Haushalte gelten können, wenn das Arbeitseinkommen gleichzeitig das Haushaltseinkommen ist.

Auf Grund der 1971 von der Arbeiterkammer Wien durchgeführten Erhebung »Armut in Wien«⁹ wurden für 1977 zwei Armutsgrenzen — ein »Mindeststandard« und ein »gehobener Mindeststandard« — berechnet. Die Armutsgrenzen für 1977 (Tabelle 7) ergeben sich aus einer Fortschreibung der für das Jahr 1971 ermittelten Schwellenwerte mit dem Index der Verbraucherpreise und mit dem halben Reallohnindex 1971—1977. Die Grenzen wurden für drei in der Realität häufig anzutreffende Fälle ermittelt, in denen das Haushaltseinkommen aus nur einem Arbeitseinkommen besteht: ein(e) alleinstehende(r) Erwachsene(r), ein(e) Erwachsene(r) und ein Kind und zwei Erwachsene mit zwei Kindern. Da Armutsgrenzen auf das Nettoeinkommen abstellen, wurden für die verschiedenen Typen die zugehörigen Brutto-Arbeitseinkommen ermittelt.

Bei einer Heranziehung der Mindesteinkommensgrenze zeigt sich, daß für die Haushaltstypen A und B praktisch eine Unterschreitung nur bei den Einkommen von Lehrlingen und Teilzeitbeschäftigten wahrscheinlich ist. In diesen beiden Fällen dürften die Arbeitseinkommen kaum je die einzige Einkommensquelle des Haushalts sein, dem der Bezieher angehört. Dasselbe gilt für den Haushaltstypus C, wenn man die zusätzliche Annahme eines männlichen Alleinverdieners trifft.

Geht man vom »gehobenen Mindeststandard« aus, so sind die Schlußfolgerungen für die Haushaltstypen A und B mehr oder weniger dieselben. Der Schluß aus diesen hypothetischen Überlegungen ist, daß es in Österreich kaum Arbeitnehmerhaushalte gibt, die unter die Armutsgrenze fallen. Dies steht völlig im Einklang zu den Ergebnissen der zitierten Studie über »Armut in Wien«.

Die einzige Einschränkung in dieser Beziehung muß für kinderreiche Familien mit nur einem Einkommensbezieher gemacht werden. Bei Zugrundelegung des »gehobenen Mindeststandards« reicht das Einkommen eines nicht unbeträchtlichen Teiles der Teilpopulation männlicher Arbeitnehmer für den Fall, daß es das alleinige Haushaltseinkommen darstellt, nicht für einen entsprechenden Unterhalt. Dies gilt mutatis mutandis um so mehr, je größer die Kinderzahl pro Haushalt ist. Eine genauere Quantifizierung der betroffenen Teile der Population erscheint auf Grund der Unsicherheiten statistischer Art und auch im Hinblick auf den hypotheti-

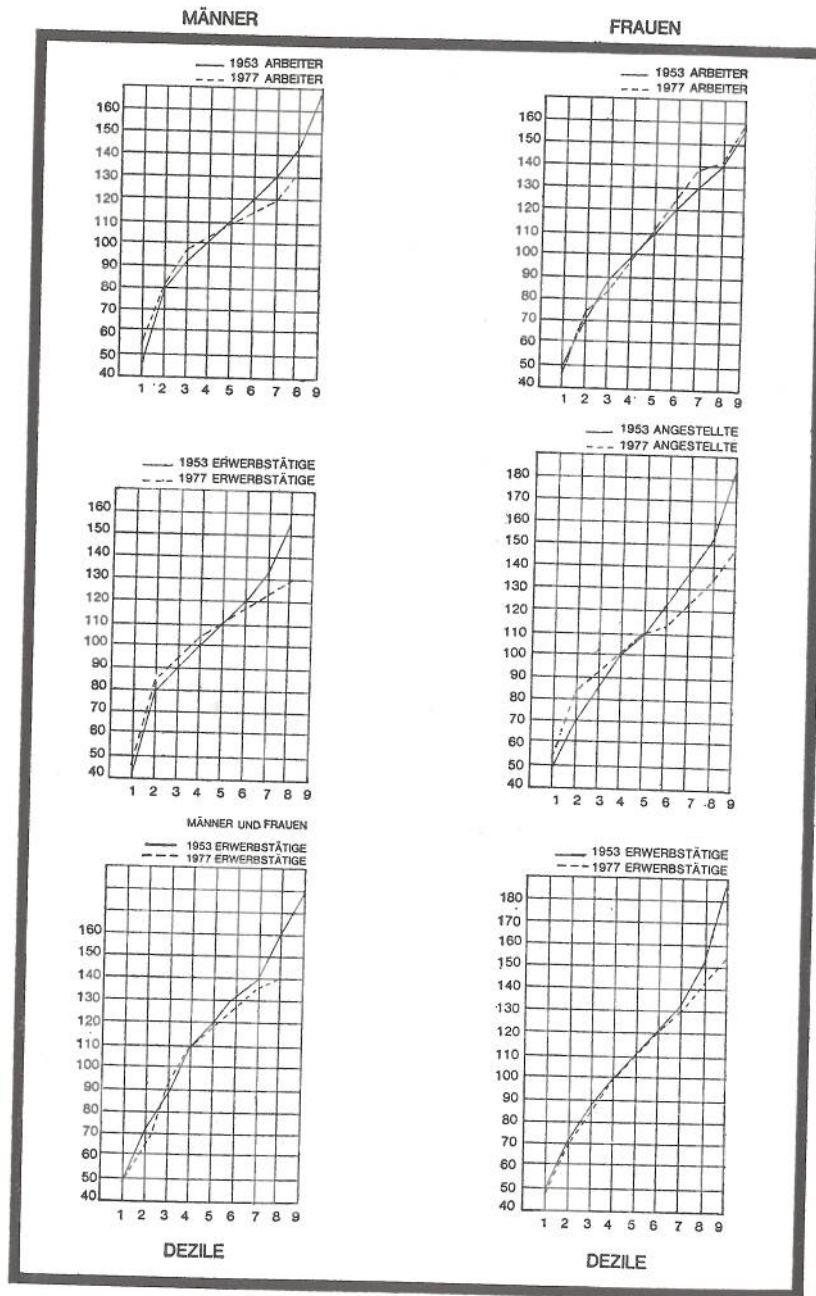
Tabelle 7
Armutsgrenzen

		Monatseinkommen (14mal jährlich), Schilling			
		Minimum		gehobener Mindeststandard	
Haushaltstypus		Arbeits- einkommen brutto	Netto- einkommen	Arbeits- einkommen brutto	Netto- einkommen
A	Alleinstehende(r)	2775	2390	3560	3065
B	Erwachsene(r) + 1 Kind	3635	3550	4780	4540
C	2 Erwachsene + 2 Kinder	6350	6360	8780	8200

schon Charakter dieser Überlegungen nicht sinnvoll. Unbeschadet ihrer statistischen und methodischen Fragwürdigkeit zeigt sich eines mit großer Deutlichkeit: Das hohe Konsumniveau in Österreich — die monatlichen Konsumausgaben pro Haushalt betragen 1977 etwa 14.000 Schilling — ist zu einem guten Teil nur möglich durch die Erwerbstätigkeit von zwei Familienmitgliedern, in der Regel der beiden Ehepartner. Insbesondere für die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterhaushalte gilt, daß ihr Lebensstandard in der gegenwärtigen Höhe auf der Berufstätigkeit der Frau beruht.

Diagramm 1

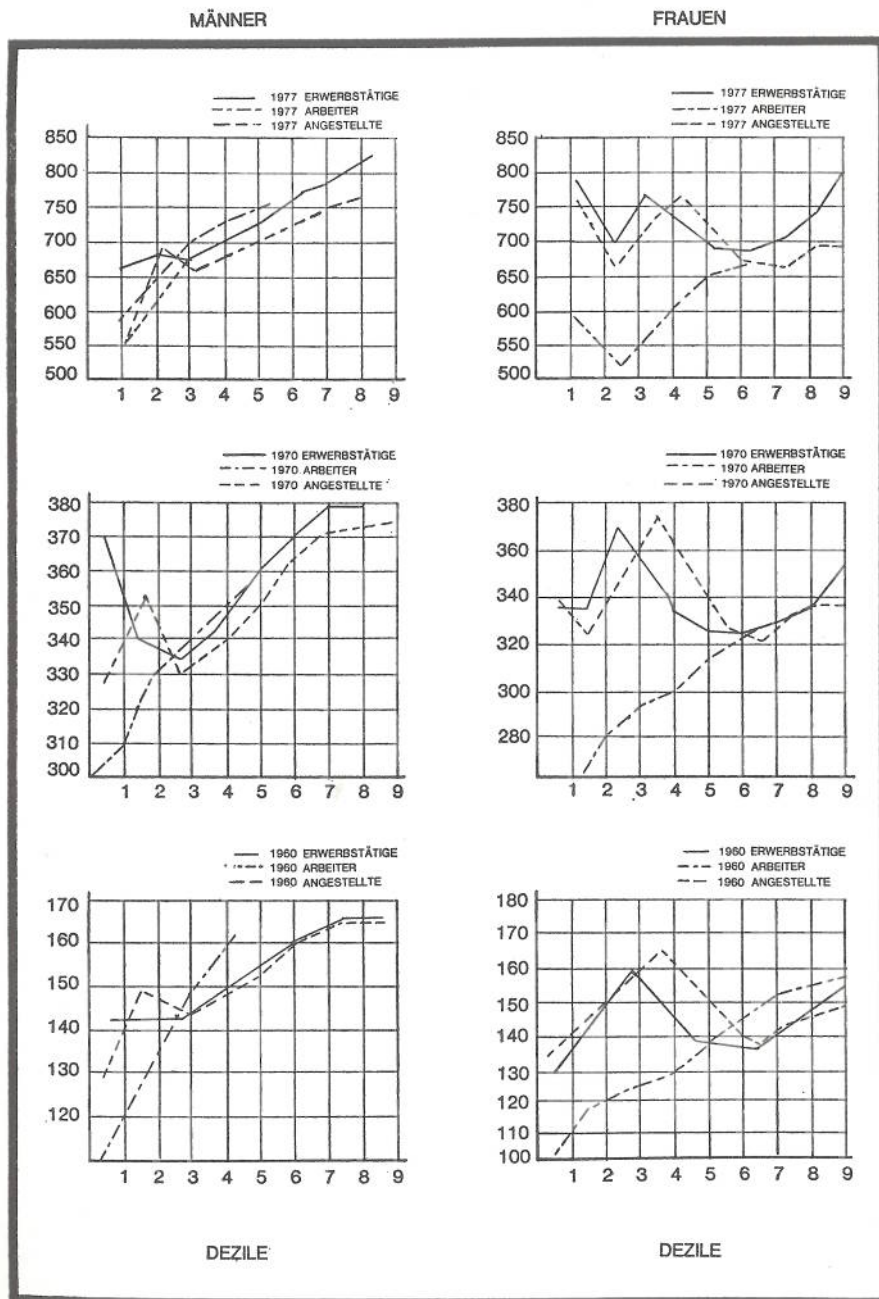
VERTEILUNG DER EINKÖMME AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT
1953 UND 1977
MEDIAN = 100
LOHNSTUFENSTATISTIK



Quelle: Tabelle 4.

Diagramm 2

EINKOMMENSZUWÄCHSE DER UNSELBSTÄNDIGEN 1953 BIS 1977 JEDES DEZIL 1953 = 100 LOHNSTUFENSTATISTIK



Quelle: Tabelle 1.

ANMERKUNGEN

- 1 Das bedeutet, daß nur etwa ein Drittel der öffentlich Bediensteten durch die Lohnstufenstatistik erfaßt wird. Die betreffenden Stellen der öffentlichen Körperschaften haben sich bisher geweigert, dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger die erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.
- 2 A. Kausel kommt in einer Analyse dieses Problems im Hinblick auf die Beschäftigtenstatistik zu dem Schluß, »daß Doppelzählungen im Rahmen der Grundzählung als Ergebnis der Gegenüberstellung mit der Volkszählung praktisch ausgeschlossen werden (können)«. A. Kausel, *Revision der Beschäftigtenstatistik*, internes Arbeitspapier des Statistischen Zentralamtes.
- 3 Es gibt natürlich noch eine Vielfalt von »Strukturverschiebungen« (zum Beispiel Facharbeiter/Hilfsarbeiter, Zeitlohn/Akkordlohn, regionale oder branchenweise Veränderungen usw.), die jedoch aus Mangel an geeigneten Kriterien für ihre Relevanz hinsichtlich der Ungleichheit nicht berücksichtigt wurden.
- 4 Dies zeigt sich — infolge der relativ niedrigen Höhe der Höchstbeitragsgrundlage — zwar kaum aus der Lohnstufen-, sehr deutlich aber aus der Lohnsteuerstatistik.
- 5 J. Steindl, *Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Österreich* (Beilage Nr. 52 zu den »Monatsberichten des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung«), Wien 1958.
- 6 *Die langfristige Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien*. Eine Studie der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien o. J. (1964), S. 25.
- 7 H. Lydall, *The Structure of Earnings*, Oxford 1968, S. 201 f.
- 8 So etwa kam es zu einer Verringerung der geschlechtsspezifischen Entlohnungsunterschiede bei Arbeitern und zu einer Verminderung der Lohn differenzen zwischen Fach- und Hilfsarbeitern. Siehe H. Müller, *Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945—1952*, Wien o. J. (1953).
- 9 *Armut in Wien*. Eine Untersuchung der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Statistischen Abteilung der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien o. J. (1974).

Der
deu
seir
Pol
Wie
ten
of S
dem
ban
derr
(Wie
ein
gen
sität
Über
unbe
der
scher
gege
nehm
in di

* Osk
Stu
Jar
W.
Fra